

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbändlern und in allen Städten erhältlich

**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen**  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

7. Jahrgang  
Dresden, Donnerstag den 31. Dezember 1931  
Nummer 218

## Die Lage in Deutschland um die Jahreswende

Von Hermann Remmele, Mitglied des ZK der KPD

Eindeutig, ohne Schminke, wird die Lage im kapitalistischen Deutschland von der offiziellen Behörde für Konjunkturforschung im letzten Vierteljahr für das Jahr 1931 in ökonomischer Hinsicht mit folgenden Bemerkungen umrissen:

„Die schwere internationale Kredit- und Währungskrise dauert an, Produktion und Umsätze schrumpfen weiter. In den überwiegen industriellen Volkswirtschaften hat sich der Rückgang, der sich im ersten Halbjahr verlangsamt hatte, wieder verschärft.“

Und zur Lage in Deutschland speziell sagt der gleiche Bericht: „In Deutschland hat sich die Lage erneut zugespitzt. Produktion und Absatz sind anhaltend abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit steigt — auch konjunkturell — beschleunigt an. Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat eher noch zugenommen. Auftragseingang und Rohstoffdispositionen, Symptome von Produktionsplanungen und Vorbereitungen, verharren im Rückgang.“

Die Zahl der Konkurse ist im Jahre 1931 auf 17.000 gegenüber 15.000 im Jahre 1930 gestiegen. Die Produktionsrückgänge nehmen im härtesten Tempo zu.

### Beschleunigter Niedergang des Kapitalismus

Das Entscheidende in der Lage um die Jahreswende liegt in dem veränderten Tempo des Niederganges. Während in der Periode der Krise bis Mitte 1931 der wirtschaftliche Niedergang sich langsamer entwickelte, zeigt das Tempo im letzten Jahr 1931 eine erhebliche Beschleunigung. Das ist es, was der Konjunkturbericht am Ende des Jahres 1931 erkennen läßt.

Die deutsche Bourgeoisie ist in das Jahr 1931 mit großen Hoffnungen eingetreten, mit der Perspektive auf rasche Überwindung der Krise bei gleichzeitiger Förderung oder gar Sprengung der Versailles-Verfassung, mit den lächerlichen Illusionen der Durchsetzung der französischen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent. Um die Jahreswende 1930/31 beherrschte der Kampf Frankreichs um die Hegemonie in Europa unter der Führung „Panuropa“ die politische Arena. Die Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie auf eine Interessengemeinschaft mit der Bourgeoisie Englands auf dem Wege der Durchsetzung der Hegemoniebestrebungen Frankreichs. In dieser politischen Atmosphäre kam das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion zustande, das die französischen Hegemoniebestrebungen Frankreichs besonders im Südosten Europas durchkreuzen sollte. Der Ausgang dieses ersten größeren Ausfluges der deutschen Bourgeoisie auf das Gebiet einer selbständigen Außenpolitik ist bekannt: die finanzielle Daumenschraube des französischen Finanzkapitals brachte in wenigen Monaten den Zusammenbruch nicht kapitalisierten öffentlichen Finanzen, sondern zugleich vorhersehende Zusammenbrüche des deutschen Finanzkapitals in einer Reihe von Großbanken. Der 13. Juli, der Tag, an dem die Danabank zusammenbrach und alle öffentlichen Bankanstalten Deutschlands zusammenbrach und alle öffentlichen Bankanstalten Deutschlands zusammenbrach und alle öffentlichen Bankanstalten Deutschlands zusammenbrach...

### Das Diktat der Notverordnungen

Nachdem die Spannungsgefühle der deutschen Bourgeoisie dankrott gemacht, begibt sie sich mit aller Macht auf den Kriegspfad gegen den inneren Feind, um auf diesem Wege der ökonomischen und der sich verschärfenden Finanzkrise Herr zu werden. Die Brünningsregierung ging nunmehr ausschließlich zur Politik der Notverordnungen über. Die letzte demokratische, verfassungsmäßige Parlamentsbetätigung wurde liquidiert, die Periode des unmittelbaren Diktaturregimes begann. In der Periode von Juli bis Dezember sind vier große Notverordnungen erlassen, die zu einem ungeheuren Paragrafenwert von Dutzenden weiterer Notverordnungen der Länder, ja selbst der Gemeinden, zu einem System der Regierungsmacht wurden, in dem sich heute selbst die Arbeiter nicht mehr zurechtfinden.

### Konzentration der Klassenkräfte: Kommunismus gegen Faschismus

Aber nichts zeigt deutlicher die rasche Umgruppierung und Umichtung der Klassenkräfte an, als gerade die Notverordnungsperiode. Die Politik der Notverordnungen ist die drastische Zuspitzung dessen, was die Beherrschung der Klassenkräfte auf die sie sich stützte, den Händen und dem Einfluß der Bourgeoisie entgleitet. Die Auskulturation der Demokratie und des

parlamentarischen Herrschaftssystems. Die Krise des Parlamentarismus, wie sie selbst von den Hohenpriestern des demokratischen Parlamentarismus, von den Sozialfaschisten, genannt werden muß, beweist, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht mehr mit den alten Mitteln, mit dem leibherrigen System aufrecht erhalten kann. Der Übergang zum System der Notverordnungen war der Ausdruck, die Vorwegnahme der klassenmäßigen Erscheinungen, die sich bei allen Wahlen in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 befestigten: der Bankrott der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, die Konzentration der ihrer Klassenlage bewußten werktätigen Massen im Lager des Kommunismus, die Konzentration der vom Einfluß des Finanzkapitals noch nicht losgerissenen Schichten im konterrevolutionären Lager des Faschismus. Es vollzog sich der große Aufmarsch für die unausweichlich bevorstehende historische Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit.

### Die faschistische Rolle des Reformismus

In diesem großen Klärungsprozeß der Klassenorientierung brechen die Positionen des Reformismus im raschen Tempo zusammen. Immer deutlicher wird sichtbar, daß die Entscheidung fällt auf dem Boden des sich herauskristallisierenden Gegensatzes von Faschismus und Kommunismus. In diesem Gegensatz versucht der Reformismus vor den Massen immer noch zu laulieren und seine Rolle durch Vernebelungsversuche zu maskieren. Aber will immer weniger Erfolg. Immer deutlicher wird bei jedem Klärungsversuch die Tatsache, die Wahrheit, daß die Sozialdemokratie objektiv ein gemäßigter Flügel des Faschismus ist (Stalin). An Dutzenden von Beispielen erweist der sozialdemokratische Millionenanhänger die beste Illustration dieser Wahrheit. Die Rebellion in den eigenen Reihen trieb die SPD-Führer zeitweise selbst zum demagogischen Manöver eines Befehlswortes zur „Einheitsfront mit den Kommunisten“ gegen den Faschismus. Aber die realen Wirklichkeiten der Verteilung der Diktatur des Finanzkapitals gegen den Kampfwillen

der werktätigen Massen zwang sie immer wieder, ihre verlogenen Proklamationen zu entlarven und als offene Akteure des Faschismus aufzutreten. So zeigt die Erfahrung, daß Faschismus und Sozialdemokratie keine Gegensätze, keine feindlichen Lager sind, sondern beide Instrumente mit gleichen Aufgaben und der gleichen Zielsetzung: Rettung des Kapitalismus vor der Gefahr der proletarischen Revolution.

### Verhärfung der Krise — Verhärfung der Ausbeutung und Unterdrückung

Die Bourgeoisie spannt alle ihre Kräfte an, um einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu finden, wie wir aber schon gezeigt haben, nimmt die Entwicklung nicht den Weg der Belebung, sondern der rapiden Verhärfung der Krise. Und dieser ist konsequent kapitalistischer Natur, der auch dem Letzten die Augen öffnet. Die Überwindung der Krise wird lediglich auf Kosten der Werktätigen versucht. Bei allen erlassenen Notverordnungen handelte es sich im Mittelpunkt: Herabsetzung der Löhne und Gehälter, Herabsetzung der sozialen Verpflichtungen gegenüber den Opfern des Systems, Milliardendeckelung und Subventionen an die bestehende Klasse „zum Zwecke der Kapitalbildung“, Stützungsaktionen für das Finanzkapital. Unter dieser Politik nehmen die Elendverhältnisse in Deutschland Formen an, wie sie das kapitalistische System in seiner ganzen Geschichte noch nicht gekannt hat. Selbst der „Bismarck“ muß eingestehen, daß die Löhne auf ein Niveau herabgesunken sind, wie es im Anfangsstadium des Kapitalismus zu verzeichnen war. Die Erwerbslosigkeit, die im Dezember bereits wieder auf 5,5 Millionen gestiegen ist und im raschen Tempo weiter zunimmt, wird zur blutigen Geißel, die die Opfer des Systems um so härter trifft, als neben der Hälfte dieser Erwerbslosen die Hungerunterstützung entzogen ist. Und um die Empörung der Massen gewaltsam zu unterdrücken, werden auch die letzten Reste demokratischer Rechte der Arbeiterklasse vernichtet, um auf diesem Wege jede Gegenwehr unmöglich zu machen. Die vierte Notverordnung brachte die restlose Aus-

## Abbau der Fürsorge beschlossen!

Neujahrsgeschenk des Ritz-Bührer-Rats an die werktätige Bevölkerung Dresdens

Dresden, den 31. Dezember.

Was wir vorauslagten, ist eingetroffen. Der Kurs der Großbourgeoisie wird auch in Dresden restlos durchgeführt. Das Defizit im Stadtkäsel soll auf Kosten der Fürsorgeunterstützten ausgeglichen werden. Der Rat der Stadt Dresden hat gestern folgenden Unterstützungsabbau beschlossen:

Die Unterstützung beträgt ab 1. Januar 1932:	
in der allgemeinen Fürsorge monatlich:	
Ehepaare 55 Mark, bisher 60 Mark	
Familienhaupt 43 Mark, bisher 45 Mark	
Alleinstehende mit Haushalt 37 Mark, bisher 40 Mark	
Alleinstehende ohne Haushalt 29 Mark, bisher 32 Mark	
Kinder wie bisher 16 Mark, aber nur bis zu 4 Kindern	

In der gehobenen Fürsorge wird eine zweimalige Kürzung vorgenommen. Einmal durch die Bestimmung, daß die Höhe nicht mehr 25 Prozent, sondern nur noch 20 Prozent über die Höhe der allgemeinen Fürsorge betragen dürfen und dann durch die Kürzung der Höhe in der allgemeinen Fürsorge.

Weiter werden in Zukunft alle Einkünfte aus angeworbenen Vermögen, die auf Grund der bisher bestehenden Bestimmungen und Gesetze freibleiben, in Zukunft voll angerechnet.

Dadurch werden eine große Anzahl bisher Unterstützter entweder gar nicht oder nur noch gering unterstützt. Neues Elend sind die Folgen dieser Maßnahmen. Begründet wird der Abbau vornehmlich beim Ernährungsaufwand bezeichnenderweise damit, daß die Lebensmittel „viel billiger“ geworden seien. So beträgt z. B. nach der neuen Regelung der Betrag für Ernährungsaufwand für ein Ehepaar pro Tag 1 Mark.

Durch diese Maßnahmen wird auch das Doppelspiel der bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD klar. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten stellte die SPD den Antrag, keinen weiteren Abbau der Fürsorgegehalte vorzunehmen. Dieser Antrag wurde gegen 12 Stimmen angenommen.

Jetzt stellt sich heraus, daß die SPD schon davon unterrichtet war, daß dieser Abbau vorgenommen wird. Bewußt hat sie diese Tatsache verschwiegen, bis zu dem Augenblick, da der Rat durch Beschluß einfiel.

Jetzt bringt man den Abbau als Neujahrsgeschenk. Als Demagogie sagt die SPD nicht über die Tatsache hinweg, daß ihr Bürgermeister Dr. Richter als Finanzbeamter die treibende Kraft bei diesem Abbau ist. Aber auch sonst ist sie voll und ganz mitbestimmend für diesen Stand-

## Sachsenwerk Radeberg wird stillgelegt!

Enthüllungen der „Arbeiterstimme“ siehe Seite 2

glung Schied unterstützte. Die SPD zeigt sich offen mit Bourgeoisie und Nazis in einer Front gegen die Interessen der Armen.

Je stärker die Auswirkung der kapitalistischen Krise in Erscheinung tritt, um so deutlicher zeigt sich, daß die SPD die logische Hauptstütze des Faschistentums der herrschenden Klasse ist. Diese Tatsache wird immer mehr von den Massen erkannt. Deshalb heißt ihre Lösung an der Schwelle des neuen Kampjahres: Nur die kommunistische Partei kämpft für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung! Nur die KPD zeigt in ihrem roten Selbsthilfeprogramm den Ausweg! Deshalb mit der KPD für Arbeit, Brot und Freiheit!